



# ***Arbeitsmarkt aktuell***

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand**

**Bereich  
Arbeitsmarktpolitik**

**06/2009**

Oktober 2009

## **Der Arbeitsmarkt im Osten – 20 Jahre nach dem Mauerfall**

### **Teil I: Beschäftigung und Einkommen**



Herausgeber:  
DGB-Bundesvorstand  
Postfach 11 03 73  
10833 Berlin

Verantwortlich:  
Annelie Buntenbach

Rückfragen an:  
Dr. Wilhelm Adamy  
Johannes Jakob  
Silvia Helbig  
Ingo Kolf

Telefon 030/240 60 729  
Telefax 030/240 60 771  
Mail: [ais@dgb.de](mailto:ais@dgb.de)

Seit dem Fall der Mauer im Jahre 1989 gibt es das Ziel, die Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern anzugleichen. Doch auch nach 20 Jahren existieren immer noch gravierende Unterschiede zwischen Ost und West - insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Der deutsche Arbeitsmarkt ist nach wie vor gespalten. Die Chancen auf Beschäftigung sind in den alten Bundesländern immer noch besser, das Risiko arbeitslos zu sein, in den neuen Bundesländern immer noch deutlich höher.

„Arbeitsmarkt aktuell“ beleuchtet die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hinsichtlich Beschäftigung und Einkommen. Der zweite Teil über die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Armut in den neuen Bundesländern folgt.

### **1. Hohe Erwerbsneigung bei weniger Erwerbstätigkeit**

2007 betrug die Erwerbstätigenquote in den alten Ländern 70,9%, in den neuen Ländern 67,0%. Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil aller Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren. Dazu zählen auch Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte, Personen in Maßnahmen (wie Ein-Euro-Jobs) oder in Elternzeit, bzw. Altersteilzeit.

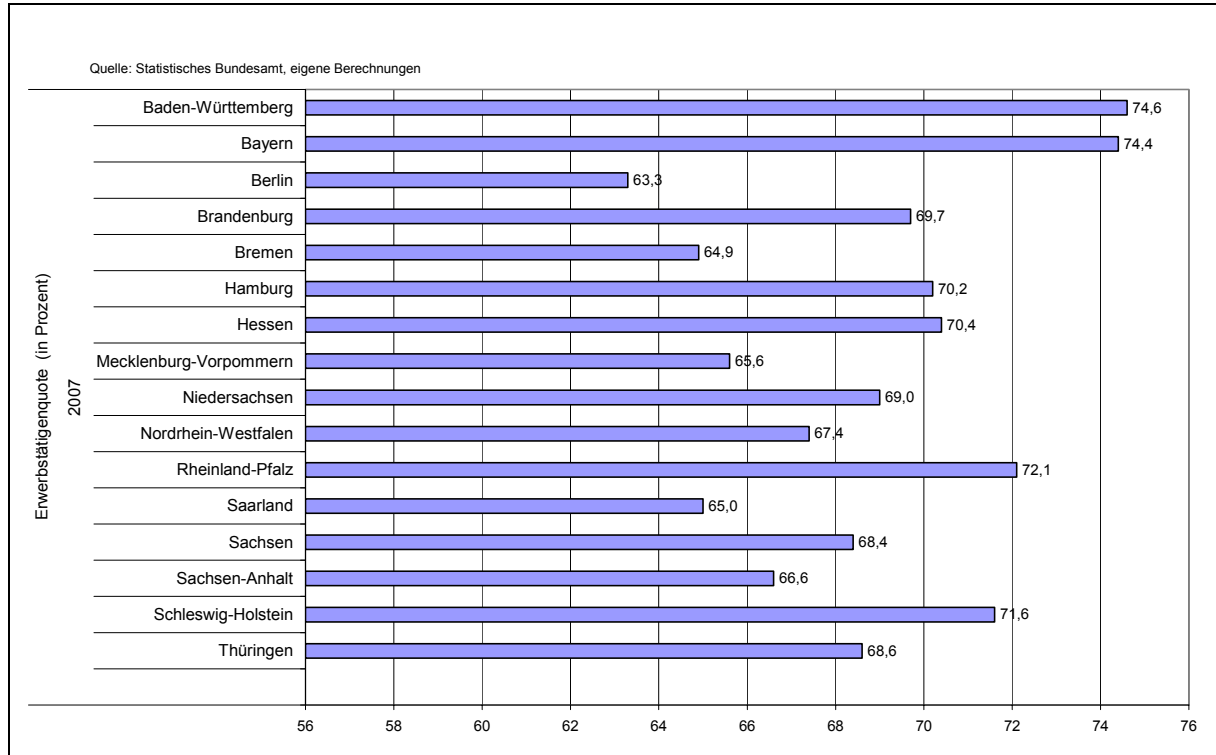
Die Zahl der Erwerbstätigen ist innerhalb der letzten Jahre angestiegen, insbesondere in Ostdeutschland. Waren hier in 2001 noch 60,9% der Bevölkerung erwerbstätig, so sind es in 2007 bereits 67,0%. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich durch die zunehmende Zahl an Teilzeitbeschäftigten begünstigt. Durch die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitjobs wird die Arbeit auf mehr Köpfe verteilt, die Zahl der Beschäftigten steigt. Aber auch die anhaltende Abwanderung der Bevölkerung im Osten - insbesondere junge Frauen verlassen hier überdurchschnittlich oft ihre Heimat - sowie der demografische Wandel haben dazu geführt, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen bezogen auf die erwerbsfähige Bevölkerung erhöht hat. Laut IAB ist die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 2000 und 2008 um rund 700.000 Personen (7%) gesunken.

Auffallend ist, dass sich die Erwerbstätigenquote seit Beginn des letzten Konjunkturaufschwungs (nach 2004) im Osten etwas stärker erhöhte, als im Westen. Erstmals seit der Vereinigung konnte der ostdeutsche Arbeitsmarkt vom konjunkturellen Aufschwung profitieren. Längerfristig betrachtet, liegt die ostdeutsche Erwerbstätigenquote aber immer noch deutlich unter der westdeutschen.

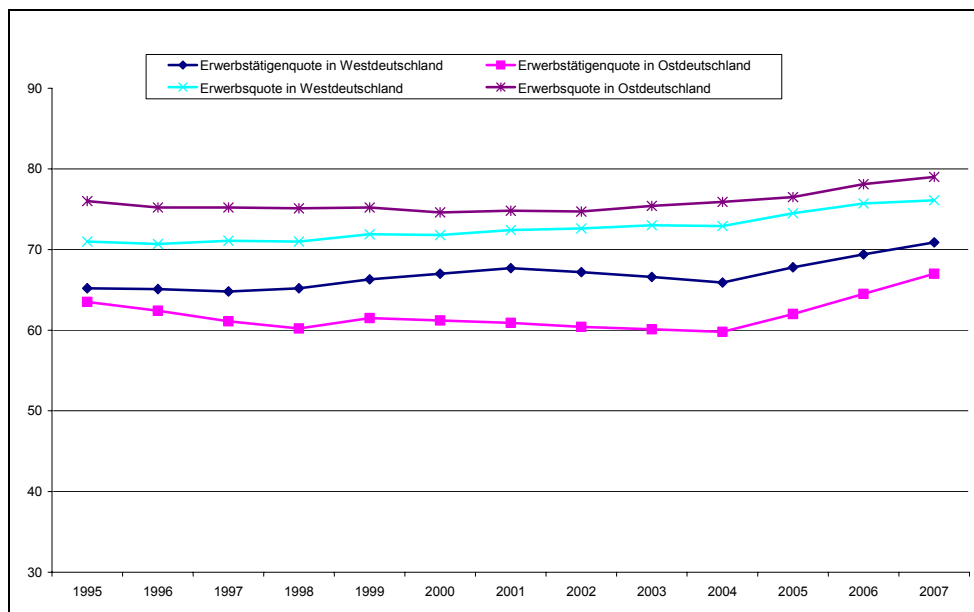
Allerdings gibt es hier auch deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. So hatte Baden-Württemberg in 2007 die höchste Erwerbstätigenquote, Berlin die geringste. Ostdeutsche Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg haben sogar eine höhere Erwerbstätigendichte als bevölkerungsreiche westdeutsche Bundesländer wie Bremen oder Nordrhein-Westfalen. Je weniger Köpfe da sind, auf die Arbeit verteilt wird, desto mehr Menschen haben die Chance auf einen Job.

Neben der Erwerbstätigenquote gibt es die Erwerbsquote. Sie bildet den Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 65-Jahren ab. Dies sind alle Personen, die Arbeit haben oder suchen, also Erwerbstätige plus Erwerbslose. Die Erwerbsquote ist im Osten infolge des größeren Arbeitsmarktrisikos seit 1995 höher als im Westen. In 2007 betrug sie in den neuen Bundesländern 79,0%, in den alten Bundesländern 76,1%. In den neuen Bundesländern gibt es eine höhere Erwerbsneigung, als in den alten Bundesländern - bei weniger Beschäftigungsangeboten.

Übersicht 1: Erwerbstätigenquote nach Ländern 2007



Übersicht 2: Erwerbs- und Erwerbstätigenquote in Ost und West im Verlauf



Quelle: IAB

Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote und der Erwerbsquote bildet die Arbeitslosigkeit ab. Die Lücke hat sich in Ost und West innerhalb der letzten fünf Jahre etwas verringert. Die gestiegene Erwerbstätigenquote sowie die leichte Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge ins Erwerbsalter sowie Wanderungsverluste haben dazu beigetragen.

Betrachtet man genauer, bei welchen Personengruppen, die Erwerbsquote gestiegen ist, so lässt sich für Ost und West feststellen, dass hauptsächlich Frauen zwischen 35 bis 55 Jahren zunehmend erwerbsorientiert sind.

## **2. Nach Jobabbau im Osten wenig beschäftigungsintensive Branchen**

Nach dem Mauerfall 1989 wurden tausende Unternehmen in Ostdeutschland geschlossen. Die Produktivität der ostdeutschen Unternehmen konnte auf dem neuen gesamtdeutschen und internationalen Markt größtenteils nicht mithalten. Ostdeutschland wurde oftmals ein Absatzmarkt für westdeutsche Produkte. Die Abhängigkeit von der westdeutschen Wirtschaft zeigt sich auch in den Unternehmensstrukturen. Große, eher kapitalkräftige, exportorientierte und forschungsintensive Industrieunternehmen sitzen hauptsächlich in den alten Bundesländern. Im Osten führen sie meist nur Zweigbetriebe.

So kommt den Klein- und Mittelbetrieben in den neuen Ländern noch ein weit größeres Gewicht zu, als in den alten Ländern und auch die industrielle Forschungsintensität ist im Osten deutlich niedriger. Die zahlreichen Tochterunternehmen westlicher Betriebe profitieren oftmals aber von einem konzerninternen Technologietransfer und einer relativ dichten öffentlichen Forschungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.

Angesiedelt haben sich in Ostdeutschland in den letzten Jahren hauptsächlich kleine und mittlere Unternehmen aus den Bereichen Erneuerbare Energien, Medizintechnik, Informationstechnik, Biotech-

nologie, Nanotechnologie. Diese Spezialisierung geht meist mit neuen Produkten auch für überregionale und internationale Märkte einher. Weitere für die ostdeutsche Wirtschaft wichtige Branchen sind Dienstleistungen (z.B. Callcenter), Logistik und Schiffsbau.

So sind einige industrielle Inseln entstanden, die sich auf Städte wie Dresden, Jena, Wismar, Leipzig konzentrieren. Diesen industriellen Inseln stehen große Flächen ländlicher Gebiete gegenüber, in denen Tourismus und Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielen, die jedoch nicht in dem Maße für Wachstum und Beschäftigung sorgen (können), wie die industriellen Leuchtturmregionen und das hier angesiedelte Produzierende Gewerbe. Doch der Osten schließt langsam auf, auf 1.000 Einwohner kommen inzwischen in den neuen Bundesländern wieder 71 Industriebeschäftigte, was knapp drei Viertel des westdeutschen Niveaus entspricht.

Insgesamt können die neu entstandenen Unternehmen nicht den Beschäftigungsverlust der Nachwendezeit wett machen. In der direkten Nachwendezeit bis 1991 sind ca. 1,3 Mio. Jobs verloren gegangen, danach eine weitere Million. Im Westen wurde dagegen in der Nachwendezeit Beschäftigung aufgebaut. Hier sind innerhalb von zwei Jahren 2,5 Mio. Jobs entstanden, anderthalb mal so viele wie in den 16 Jahren danach.

### **Übersicht 3: Erwerbstätige im Zeitverlauf in Tausend**

Beschäftigte	1989	1991	2008
Ost	9.747	8.468	7.425
West	27.635	30.153	32.905
Insgesamt	37.382	38.621	40.330

Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB

In Ost wie West hat insbesondere die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe deutlich abgenommen. Im Osten sind 2007 noch 25,3% der Beschäftigten des Niveaus von 1989 tätig, im Westen sind es 74,2%. Der geringe Anteil an Produzierendem Gewerbe im Osten ist die Hauptursache dafür, dass die neuen Bundesländer bei den zentra-

len Faktoren Beschäftigung, Export und Wachstum nicht das Niveau der alten Bundesländer erreichen.

Lediglich in der letzten Aufschwungphase hat sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt etwas gebessert. So ist das Arbeitsvolumen in den letzten drei Jahren erstmals gestiegen. Auch das stärkere Durchschlagen der Krise in den alten Ländern verringert momentan das Ost-West-Gefälle. So lag die offizielle Arbeitslosigkeit im August 2009 in Ostdeutschland insgesamt noch um 0,4% unter Vorjahresniveau, während sie in Bayern bereits um 25,4% über Vorjahresniveau lag und in Baden-Württemberg bereits um 34,4%. Doch diese negative Entwicklung im Westen darf nicht mit einem wirtschaftlichen Aufholen Ostdeutschlands verwechselt werden.

Die negativen Auswirkungen des globalen Auftragseinbruchs sind auf die ostdeutsche Wirtschaft bisher geringer ausgefallen, als auf die westdeutsche. Soweit die Arbeitslosigkeit jedoch in den nächsten Monaten steigt und der private Konsum geschwächt werden sollte, dürften auch den neuen Ländern negative Zweitrundeneffekte drohen.

### **3. Sozialversicherte Vollzeit schwindet vor allem im Osten**

Das Angebot an sozialversicherter Beschäftigung schwankt in West und Ost gleichermaßen entsprechend der Konjunktur. Im längerfristigen Vergleich konnte im Westen in 2008 ein leichtes Plus gegen-

über März 1992 erreicht werden, im Osten ist die Bilanz weitaus ungünstiger. Gab es zu Beginn der gemeinsamen Statistik noch ca. 6,7 Mio. sozialversicherte Jobs in Ostdeutschland, so waren es im September 2008 nur noch 5,3 Mio. Dies entspricht einem Minus von 21% innerhalb der letzten siebzehn Jahre.

Auch vom letzten Aufschwung hat der Osten hinsichtlich des Aufbaus sozialversicherter Beschäftigung nicht profitieren können. Gab es zum Höhepunkt des vorletzten Aufschwungs im September 2001 noch 5,6 Mio. sozialversichert Beschäftigte, so waren es zum Höhepunkt des letzten Aufschwungs im September 2008 nur 5,3 Mio. sozialversichert Beschäftigte, was einem Minus von 5,5% entspricht. Im Westen gab es ein leichtes Plus von 0,3%.

Der Rückgang betrifft insbesondere sozialversicherte Vollzeitjobs. Im Osten gab es hier im September 2008 gegenüber dem September 2001 ein Minus von 10,4%, im Westen ein Minus von 3,3%. Bei den Teilzeitjobs gab es im Osten und im Westen ein deutliches Plus von über zwanzig Prozent. Sozialversicherte Teilzeit kann zur Verteilung von Arbeit auf mehr Köpfe und der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen. Teilzeitarbeit kann aber auch unfreiwillig sein und nicht Existenzsichernd. Deshalb ist die Entwicklung zu mehr Teilzeit bei weniger Vollzeit zwiespältig zu bewerten.

**Tabelle 4: Sozialversichert Beschäftigte in Tausend, Teilzeit und Vollzeit im Aufschwung 2001 und 2008**

Beschäftigte	Ost			West		
	09/2001	09/2008	Veränderung in %	09/2001	09/2008	Veränderung in %
Insgesamt	5.621	5.316	-5,5%	22.583	22.678	+0,4%
Vollzeit	4.840	4.340	-10,4%	19.215	18.599	-3,3%
Männer	2.742	2.507	-8,6%	12.297	12.001	-2,5%
Frauen	2.098	1.833	-12,7%	6.918	6.598	-4,7%
Teilzeit	778	973	+25,0%	3.362	4.069	+21,0%
Männer	137	184	+34,3%	476	643	+35,0%
Frauen	641	789	+23,0%	2.886	3.426	+18,7%

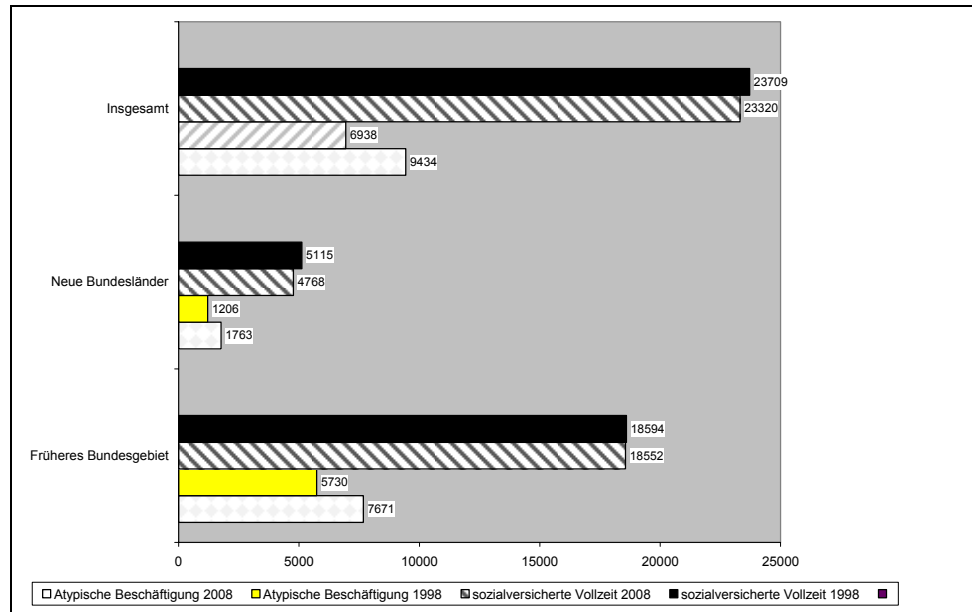
Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

#### 4. Zunahme atypischer Beschäftigung in Ost und West

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich der deutsche Arbeitsmarkt grundlegend gewandelt. Atypische Beschäftigungsformen wie Befristungen, Leiharbeit, Mini-Jobs und Teilzeitarbeit oder Solo-

Selbständigkeit haben das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis teilweise verdrängt. Atypische Jobs bringen den Beschäftigten oftmals weniger Sicherheit aufgrund von kurzfristigen Verträgen und/oder niedrigen Löhnen und sind deshalb vielfach prekär.

#### Übersicht 5: Vergleich sozialversicherte Vollzeit und atypische Beschäftigung 1998 und 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die Ausbreitung unsicherer und unterbezahlter Arbeit betrifft den Arbeitsmarkt in Ost und West gleichermaßen. Im Osten gab es von 1998 zu 2008 bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein Plus von 557.000 Jobs. Im Westen gab es von 1998 zu 2008 ein Plus von 1,9 Mio. atypischer Jobs.<sup>1</sup>

Unterscheidet man nach dem Geschlecht, sind Frauen von atypischer Beschäftigung besonders betroffen, vor allem bei Befristungen, Teilzeit und Mini-Jobs. Aber auch für Männer werden die Jobs unsicherer, insbesondere durch Leiharbeit und Solo-Selbständigkeit. Bei Leiharbeit, Solo-Selbständigkeit und Befristungen sind die Anteile im Osten höher.

Bei Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung (Mini-Jobs) sind die Anteile im Westen höher.

Gründe hierfür sind zum einen die Vollzeitorientierung vieler Frauen in Ostdeutschland. Westdeutsche Frauen sind häufiger teilzeitbeschäftigt (30,1%) als ostdeutsche Frauen (13,8%). Wenn ostdeutsche Frauen und Männer in Teilzeit arbeiten, dann sind sie häufiger unfreiwillig teilzeitbeschäftigt als westdeutsche Frauen und Männer. Während im früheren Bundesgebiet 17% der Teilzeitbeschäftigten keine Vollzeitstelle gefunden haben, trifft dies in den neuen Ländern auf rund 65% der Teilzeitbeschäftigten zu. Zum anderen sind die Löhne in Ostdeutschland teilweise so niedrig, dass eher Vollzeit gearbeitet werden muss, um die Existenz möglichst zu sichern. Außerdem ermöglicht es die in Ostdeutschland besser ausgebaute Kinderbetreuung mehr Eltern, auch Vollzeit zu arbeiten.

<sup>1</sup> Zahlen des Statistischen Bundesamtes, inkl. Befristungen, Mini-Jobs, Teilzeit und Solo-Selbständigkeit. Leiharbeit wird der sozialversicherten Vollzeit zugerechnet, da sie nicht nach Ländern ausweisbar ist.

**5. Niedriglöhne im Osten doppelt so häufig wie im Westen**

Die Einkommensunterschiede in West und Ost sind immer noch sehr hoch. So betrug im Oktober 2006 der durchschnittliche Bruttostundenverdienst im Westen 17,22 Euro, im Osten waren es 13,51 Euro. Im längerfristigen Vergleich ist der Verdienstabstand zwischen Ost und West nahezu gleich geblieben. 1996 betrug er 27,1% und ist in 2006 sogar auf

27,4% geringfügig gestiegen. Die Unterschiede kommen u.a. dadurch zustande, dass im Westen der Anteil an Beschäftigten in gut bezahlenden Branchen höher ist. Doch auch innerhalb der Branchen gibt es Unterschiede. So verdienen Männer wie Frauen, die bspw. Vollzeit im Produzierenden Gewerbe beschäftigt sind, im Westen mehr als im Osten.

**Tabelle 6: Bruttomonatsverdienste 2006**

Branche	West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Produzierendes Gewerbe	3.292	2.671	2.358	2.042
Handel-, Kredit und Versicherungsgewerbe	3.480	2.653	2.543	2.202

Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008

Die Tarifbindung im Osten ist geringer als im Westen, so dass häufiger unter Tarif gezahlt wird und vielerorts auch nur Niedriglöhne. Die Niedriglohnschwelle für Gesamtdeutschland lag 2007 bei 9,19 Euro<sup>2</sup>. Für diesen Stundenlohn oder darunter arbeitet im Westen jede/r fünfte, im Osten fast jede/r zweite. Besonders auffällig im Osten: Auch bei normalen Vollzeitjobs arbeiten hier 28,1% zu einem Niedriglohn. Im Westen arbeiten „nur“ 7,7% im Vollzeitjob zu einem Niedriglohn.

Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes wurde der Niedriglohnsektor in den letzten Jahren gezielt

<sup>2</sup> laut OECD Definition liegt die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des Medianlohns (mittleres Lohnniveau).

ausgeweitet. Laut IAQ<sup>3</sup> ist zwischen 1998 und 2007 der Anteil der Beschäftigten, die einen Niedriglohn beziehen, in Deutschland von 14,2% auf 21,5% gestiegen. Deutschland ist mittlerweile in Zentraleuropa das Land mit dem größten Niedriglohnsektor. 6,5 Mio. Beschäftigte arbeiten zu Niedriglöhnen. Die Chance, den Niedriglohnbereich zu verlassen, ist in Deutschland besonders gering. Und das, obwohl die Mehrheit der Beschäftigten im Niedriglohnbereich gut qualifiziert ist. Fast 70 Prozent haben einen beruflichen Abschluss.

**Tabelle 7: Anteil der Niedriglohnbeschäftigten 2007**

9,19 Euro brutto pro Stunde	Insgesamt	West	Ost
Niedriglohnbeziehende (in Prozent)	22,4%	18,8%	40,1%
Niedriglohnbeziehende (in Millionen)	6,8 Mio.	4,8 Mio.	2,0 Mio.

Quelle: IAQ-Report 5/09

**6. Armut trotz Arbeit wächst insgesamt**

Aufgrund der im Osten weit verbreiteten Niedriglöhne, ist auch der Anteil der Beschäftigten, die zusätzlich zu ihrem Gehalt Hartz IV benötigen, größer als im Westen. Im März 2009 war im Osten beinahe jede/r Dritte Hartz IV Bedürftige erwerbstätig. Im Westen war es jede/r Vierte. Fast jede/r zweite Aufstocker im Osten arbeitete sozialversichert und musste dennoch Hartz IV beantragen. Zwar gibt es auch bei den sozialversichert Beschäftigten Teilzeitbeschäftigte, bei denen u.a. die niedrige Arbeitsstundenanzahl Ursache für die Bedürftigkeit sein kann, doch auch Vollzeitbeschäftigte müssen oftmals Hartz IV beantragen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht.

Das Armutsrisiko<sup>4</sup> trotz Erwerbstätigkeit ist innerhalb der letzten zehn Jahre deutlich gewachsen. Der Armutsbericht der Bundesregierung 2008 zeigt eine Verdoppelung der armutsgefährdeten Erwerbstätigen

<sup>3</sup> Institut Arbeit und Qualifikation, Report 5/2009

<sup>4</sup> Als armutsgefährdet gelten Personen, die weniger als 60% des Mittelwertes des vergleichbaren Haushaltseinkommens (inkl. Sozialleistungen) zur Verfügung haben.

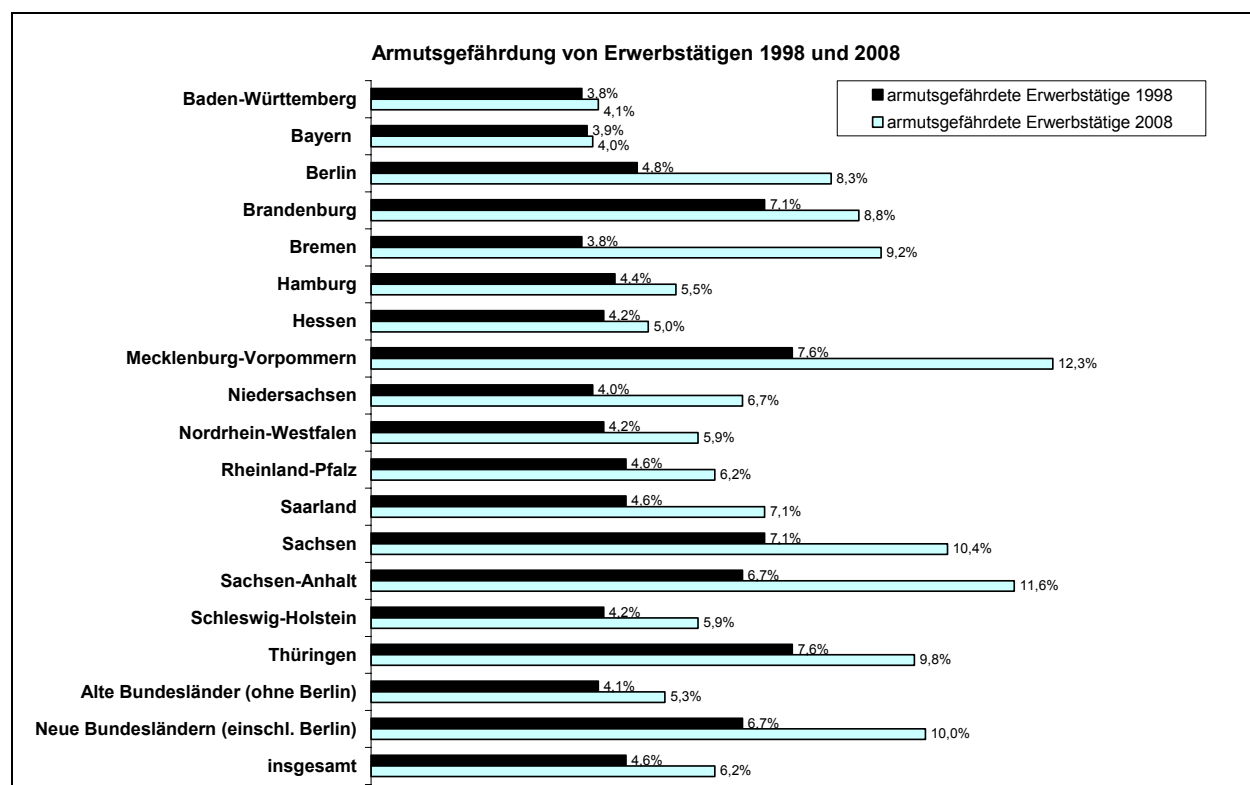
gen in Gesamtdeutschland von 6% in 1998 auf 12% in 2005 auf.

**Tabelle 8: Erwerbstätige Hartz-IV Bedürftige in sozialversicherter Beschäftigung und im Mini-Job in Tausend**

März 09	Insgesamt	West	Ost
Erwerbsfähige Hartz IV Bedürftige	4.923	3.211	1.712
Erwerbstätige Leistungsbezieher	1.298	799	498
In % der erwerbsfähigen Hartz IV-Bedürftigen	26,3%	24,9%	29,0%
darunter im Mini-Job	731	461	269
in % der erwerbstätigen Leistungsbezieher	56,3%	58,0%	55,0%
darunter sozialversichert Beschäftigung	567	337	229
in % der erwerbstätigen Leistungsbezieher	43,7%	42,0%	46,0%

Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

**Übersicht 9: Armutsgefährdung nach Bundesländern**



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Das Statistische Bundesamt liefert aktuellere Zahlen, rechnet dabei jedoch Auszubildende und jobbende Studierende heraus. Demnach waren 1998 4,6% der Erwerbstätigen armutsgefährdet, 2008 waren es 6,2%. Dabei war das Armutsrisiko von Beschäftigten in den neuen Ländern (10%) fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern

(5,3%).<sup>5</sup> Am höchsten war die Armutsgefährdung in 2008 in Mecklenburg-Vorpommern, am geringsten in Bayern. Allerdings ist die Armutsgefährdung in allen Bundesländern innerhalb der letzten zehn

<sup>5</sup> Zahlen des Statistischen Bundesamts bezogen auf Personen zwischen 15 und 65 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung.



Jahre gestiegen. In den alten Bundesländern um 29%, in den neuen Bundesländern sogar um 49%.

## **7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Nach der deutschen Einigung haben die neuen Länder einen grundlegenden Strukturwandel durchgemacht. Im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre wurden durchaus Fortschritte erzielt, die Standortfaktoren haben sich oftmals verbessert. Doch längst nicht alle Erwartungen an den Aufholprozess haben

sich erfüllt. So hat sich der Lebensstandard für große Bevölkerungsteile erhöht, ohne allerdings zum Westen aufschließen zu können. Bspw. liegen die Stundenlöhne meist immer noch ein Viertel unter Westniveau. Das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt eine zentrale staatliche Herausforderung.

Die Wirtschaftsstruktur im Osten ist 20 Jahre nach dem Mauerfall eine andere als im Westen. Mehr Mittelstand und weniger Großunternehmen, einige industrielle Inseln und viel landwirtschaftliche Fläche können nicht in dem Maße Beschäftigung und Wachstum erzeugen, wie die größtenteils stärker industrialisierten westdeutschen Bundesländer. Immerhin ein Fünftel der Wertschöpfung in den neuen Ländern entfällt wieder auf das Verarbeitende Gewerbe.

Doch der Aufbau Ost muss kein Nachbau West sein. In Zukunft müssen die wirtschaftlichen Stärken Ostdeutschlands besser gefördert werden. Das Leitbild hierbei muss der sozial-ökologische Umbau der gesamten Volkswirtschaft sein. Dazu gehören öffentliche Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit und Umwelt.

Dazu gehört es auch, regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, um die Abhängigkeit von Stammbetrieben im Westen zu verringern. Die Förderung von Leuchtturmregionen muss ergänzt werden durch die bessere Vernetzung mit strukturschwachen Regionen und deren Förderung. Investiert werden muss

auch in Forschung und Entwicklung, mit dem Ziel, eine wissensintensive auf Innovationen basierende Wirtschaft aufzubauen. Angesichts der Komplexität vieler Technologien wird der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Praxis immer wichtiger. Dies gilt insbesondere für die eher klein- und mittelständische Struktur der ostdeutschen Betriebe. Gesetzliche Rahmenbedingungen können Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen anregen, wie die Fortschritte in der Windkraft- und Solarindustrie zeigen.

Dies muss flankiert werden durch bildungspolitische Initiativen. Denn mit dem demografischen Wandel und dem Rückgang der Bevölkerungszahlen bei den jüngeren Altersgruppen, kann es insbesondere in den neuen Ländern zu einer Knappheit an Arbeitskräften mittlerer Qualifikationen kommen. Mit aller Kraft müssen jetzt die Weichen gestellt werden, damit tatsächlich alle Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung erhalten.

Weniger sozialversicherte Vollzeitstellen bei zunehmend atypischer Beschäftigung bringen Unsicherheit und Niedriglöhne für viele Beschäftigte. Das besonders niedrige Lohnniveau in Ostdeutschland hat überdurchschnittlich oft zur Folge, dass der Staat die Einkommen der Beschäftigten mit Hartz IV aufstocken muss. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 7,50 Euro pro Stunde bringt gerade bei der geringen Tarifbindung in den neuen Bundesländern eine dringend notwendige unterste Haltelinie bei den Löhnen. Dadurch würden auch insbesondere die ostdeutschen Kommunen entlastet werden - bei den Mietkosten für die zahlreichen Hartz-IV-Bedürftigen.

Insbesondere die Zumutbarkeitsregelung für Hartz IV-Bedürftige - jede Arbeit annehmen zu müssen, auch bei Niedriglöhnen - begünstigt Armut trotz Arbeit. Der Anteil armer Beschäftigter wächst in allen Bundesländern. Deshalb muss auch bei der Zumutbarkeit von Arbeit bei Hartz IV-Bedürftigen ein Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde gelten. Weiterhin darf es eine öffentliche Förderung der Wirtschaft nur bei regulären, sozialversicherten,

existenzsichernden und mitbestimmten Arbeitsplätzen geben.

Um eine Verschärfung der Krise zu verhindern, dürfen die konjunkturellen Stabilisatoren - wie die Arbeitslosenversicherung - keinesfalls geschwächt, sondern müssen vielmehr gestärkt werden. Der DGB setzt sich daher für einen Ausbau des sozialen Schutzes durch die Arbeitslosenversicherung ein.

**Letzte Ausgaben des „Arbeitsmarkt aktuell“:**

05/2009 Krise trifft Jüngere und Ältere besonders stark

04/2009: Praxis und neue Entwicklungen bei 1-Euro-Jobs

03/2009: Bewertung der geplanten Neuorganisation des Hartz IV-Systems

02/2009: Menschen mit Behinderung – Gleichberechtigte am Arbeitsmarkt weit entfernt

01/2009: Neue Regelungen bei Kurzarbeit und Qualifizierung – Das Konjunkturpaket II